

Die #VorarlbergerInnen berichten zur Veranstaltung:

**#vorarlbergerInnen –
die neue Plattform
für Gesellschaft und Politik**



Impulsvortrag und Diskussion

mit Priv.-Doz. Mag. Dr. Wolfgang Weber MA (UCL) MAS -
akademischer Politischer Bildner an der Universität Innsbruck, Institut für Zeitgeschichte
zum Thema:

Gemeindevertretung - Bürgerbeteiligung auf Reserve?

Mittwoch 14.03.2018 in Bregenz (Gasthaus Kornmesser)

Donnerstag 15.03.2018 Sulz (Freihof Sulz)

Beginn jeweils 19:00 Uhr.

Bürgerbeteiligung ist in aller Munde und gilt seit einiger Zeit als *das* Mittel der Wahl, wenn es um Entscheidungen geht, die in der Gemeinde Alle betreffen.

Doch *wen* und *was* vertritt die Gemeindevertreterin / der Gemeindevertreter, wenn nicht die Bürger und Agenden in seinem Heimatort? Was sind die ursprünglichen Funktionen dieser „Keimzelle der Demokratie“ und was sind hingegen die Erwartungen der Bürger an die Beteiligungsprozesse?

Anwesende nach Arbeitsbereichen am 14. Und 15.3.:

Bürger- und Kulturinitiativen, Frauennetzwerk Vorderland, Büro für Zukunftsfragen, Bewerber und Inhaber politischer Ämter, GemeindevertreterInnen, Gemeindevertreter, Parteimitglieder, Bürgerräte und Initiatoren, Moderationsbegleiter, Initiatoren der Plattform für mehr direkte Demokratie, Regio Vorderland, und die #VorarlbergerInnen

Insgesamt wurde an beiden Abenden sehr engagiert debattiert: Ein Bedürfnis nach dem „wie“ zum Gewinnen von Vertreter/innen wurde formuliert und bei aller Diversität der Gruppen stets sehr fair und ehrlich miteinander gesprochen.

Zur Person Dr. Wolfgang Weber:

Dr. Wolfgang Weber lehrt an der Universität Innsbruck Zeitgeschichte und demokratiepolitische Bildung und ist Gastprofessor für Gesundheits- und Sozialpolitik am Forschungszentrum für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Fachhochschule Vorarlberg.

Nach der Matura am Bundesgymnasium Dornbirn studierte er an sechs europäischen Universitäten und schloss ebenso viele Studien ab, u.a. in Geschichte, Psychologie, Civic Studies, Records Management. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war er viele Jahre als Führungskraft in der Vorarlberger Landesverwaltung und als Projektmanager, Organisationsentwickler, AHS-Lehrer, Politischer Bildner und Sozialpädagoge in Großbritannien und Vorarlberg tätig.

1. Impulsvortrag:

Univ. Prof. Dr. Wolfgang Weber referiert über die Funktion der Gemeinden in der Republik und über Untersuchungen zu deren optimale Größe, über die Funktion der Gemeindevertretungen, Konfliktpotentiale, Missverständnisse und die praktische Anwendung von Bürgerbeteiligung (Der Inhalt ist auf unserer Homepage www.vorarlbergerinnen.at einsehbar.)

Vor vier Jahren war Univ. Prof. Dr. Weber Teil eines österreichweiten Forschungsprojektes über Gemeindewahlen in Österreich in der zweiten Republik, dessen Ergebnisse in dem Buch „ „ publiziert wurden.

In dieser Studie sind im Vergleich unter den österreichischen Ländern einige der Fragen untersucht worden wie etwa jene nach den Aufgaben einer Gemeindevertretung und ihrer Nützlichkeit in der aktuellen historisch gewachsenen Form sowie jene nach der demokratietauglichkeit, unterschiedliche Wahlformen wie der Personen- und Listenwahl.

Fragen nach dem Wissensstand der Bürgerinnen und Bürger über die Aufgaben der Gemeindevertretung und ihre Möglichkeiten zur politischen Partizipation in der Kommune oder jene die unserer Veranstaltung heute Abend den Titel gab sind bislang nicht untersucht worden. Ebenso wie die Frage, ob BürgerInnenbeteiligung ein Ersatz für das demokratisch gewählte Kommunalparlament sein kann.

Allerdings können hierzu aber Empfehlungen ausgesprochen werden, die aus der historischen Analyse der Vorarlberger Gemeinderatswahlen von 1950 bis 2010 abgeleitet werden.

2. Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge (ohne Namensnennungen, n. Themen gegliedert)

Parteiendemokratie in den Gemeinden – Wahlformen & Gemeindegröße

*Anmerkung zur Direktwahl: Es gibt zwei Wege, wie man in Österreich Bürgermeister/in werden kann. In sechs Bundesländern – dazu gehört auch Vorarlberg - gibt es die **Direktwahl**. Das bedeutet, dass man am Wahltag zwei Stimmen abgeben kann. Mit einer Stimme wählt man eine Partei oder Person in den Gemeinderat, mit der anderen stimmt man für eine konkrete Person als Bürgermeister/in. (Q: Gemeindebund.at)*

Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Parteiendemokratie auf der kommunalen Ebene. Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) wäre theoretisch überall möglich (Es tritt keine „Partei“ an, alle Stimmberechtigten können Namen ankreuzen oder dazuschreiben) → in 1/3 der vlbG. Gemeinden wird dies auch praktiziert. Allerdings ist diese Wahlform aufwändiger und das Ergebnis ist weniger absehbar. Lenkung durch die bestehende Gemeindeführung ist kaum möglich. Welche Form der Wahl es jeweils gibt

entscheidet der Landtag → die Beantragung in der Gemeinde vor Ort erfolgt durch Mehrheiten. Wenn sich bis zu einer bestimmten Frist keine Listen melden, dann gibt es automatisch eine Mehrheitswahl.

Die mancherorts geführte **Einheitsliste** hat Vor- und Nachteile und verhindert auch nicht Missgunst oder Freunderlwirtschaft. Diskurse werden bei der Einheitsliste lt. Erfahrung der Anwesenden nicht so intensiv geführt wie beim Fraktionssystem. Vielerorts wird auch lt. den Anwesenden kein Diskurs erwünscht. Im Gegenzug jedoch werden die Entscheidungen einer Einheitsliste von den GemeindevertreterInnen eher solidarisch getragen, was ein großer Vorteil für den Zusammenhalt in der Gemeinde ist. Zudem ist der fehlende Clubzwang eine Bereicherung für die Meinungsvielfalt und auch die Sachlichkeit ist bei der Einheitsliste tendenziell eher vorhanden.

Für die Direktwahl sprechen mehrere Komponenten: Da nicht jede Entscheidung auf der kommunalen Ebene in einer Volksabstimmung getroffen werden kann, braucht es Volksvertreter, die im Sinne und im Auftrag ihrer Wähler handeln bzw. Entscheidungen treffen. Sie werden nur in einer echten Persönlichkeitswahl von den BürgerInnen ausgewählt und genießen deshalb ihr Vertrauen. Auch eine Absetzung eines Bürgermeisters durch die Gemeindevertretung ist nicht möglich, wenn dieser direkt gewählt wird.

Diskurs kann vom Bürgermeister/der Bürgermeisterin jederzeit auch außerhalb der Gemeindevertretungssitzungen ermöglicht werden, wird jedoch in vielen Fällen nicht praktiziert. Hierzu wird vorgeschlagen, die digitalen Möglichkeiten einzusetzen, damit die GemeindevertreterInnen und BürgerInnen zu mehr Informationen kommen.

Zu Bedenken ist jedoch die Gefahr der Informationsflut ohne dazugehörige Diskussion, welche viel Abstraktionsvermögen von den einzelnen (ehrenamtlich arbeitenden)

GemeindevertreterInnen verlangen. Auch die Ausschüsse in den Gemeinden sind sehr unterschiedlich produktiv und bieten keinen Rahmen für Vertiefung. Was bei den vielen Vorteilen der Einheitsliste manchmal übersehen wird ist die Kontrollpflicht durch die Gemeindevertretung gegenüber der BürgermeisterIn – dem Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung.

Die Motivation zur aktiven Wahl als ersten Schritt zu gelebter Politik würde erhöht werden, wenn der/die Wählerin die Möglichkeit hat, Personen direkt zu wählen, was teilweise durch die Vorzugsstimmen passiert. Idealerweise und der Sinnhaftigkeit wegen haben sich die GemeindevertreterInnen vorher (ev. in einem Hearing) zu gewissen Themen geäußert und sind bekannt und in ihrem Verhalten und in den Entscheidungen einschätzbar.

Das Ziel jeder politischen Tätigkeit als auch jeder Art von Bürgerbeteiligung soll immer der gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzen für das Gemeinwesen, muss das Gemeinwohl sein.

Gemeindekooperationen – Soziales Leben

Gemeindekooperationen brauchen viel Zeit sich zu entwickeln, erfordern enormen Aufwand in der Moderation und verlangen die Begeisterungsfähigkeit und stete Kommunikation während des Prozesses in die eigene Gemeinde als auch in die Instanzen oberhalb der Gemeinde, wie das Beispiel der Baurechtsverwaltung Vorderland zeigt. Wäre dieser große Aufwand vermeidbar und die Ressourcen der Verantwortlichen besser genutzt, wenn die Gemeinden automatisch eine entsprechende Größe hätten? Wieviel Arbeit machen wir uns in den Gemeinden mit dem Vermeiden von Fusionen? (Der Verlust der Identität und der Lebensqualität ist hierbei eine große und berechtigte Angst)

Die Gemeindeverwaltungsmitarbeiter, die viele Themenbereiche abdecken sollten, fühlen sich oftmals unter dem enormen Arbeitsumfang und der Komplexität der Themen überfordert. Die Arbeitsinhalte sind in allen Gemeinden ziemlich ähnlich. Für Kleingemeinden ist die Aufrechterhaltung der Struktur und der Qualität eine Herausforderung für die Zukunft.

Unterstellte und tatsächliche Nahverhältnisse zu den BürgerInnen erschweren die Arbeit der Verantwortlichen. Die kleinen Einheiten müssten angeschaut werden, sie haben Vorteile im Servicebereich und machen gleichzeitig Probleme im Expertengebiet. Von den guten und bestehenden Kooperationen hin zur Fusion könnte eine Zieldefinition mit Zukunftsaussichten sein.

Die Expertenkommission der Verwaltung hat bereits vor Jahren die Vision von nur mehr zwei Bezirkshauptmannschaften formuliert. Weitere Vision: 50% weniger Gemeinden deren unterste Ebene wäre eine Kompetenzstelle im Land. Der Motor für die Umsetzung dieser Forderungen sollte gestartet werden. Diese – derzeit auf Eis liegenden - Vorschläge und Visionen müssten in der Bevölkerung breit diskutiert werden. Diese Vorschläge und Visionen müssten in der Bevölkerung breit diskutiert werden. Die Umsetzung zwingend in einer Volksabstimmung von einer Mehrheit genehmigt werden.

Das Land Vorarlberg und der Gemeindeverband ist gegenüber Kooperationen sehr positiv eingestellt. Für Fusionierungen ist die politische Gesinnung und eine nachhaltige Zielsetzung derzeit nicht feststellbar. Speziell auch deswegen, weil dies vermeintlich auf Kosten der Lebensqualität und des sozialen Lebens in den Gemeinden gehen würde, wie bereits jetzt zum Beispiel die Trends zur Vereinsamung und die digitale Demenz zeigen. Man müsste die Verwaltung getrennt betrachten von der sozialen Struktur in den Gemeinden. (Beispielsweise ein Büro für die anonym Verstorbenen in Stockholm, ein „Kiosk“, der Gespräche anbietet und keine Waren.)

Positiv formulierte Bürgerbeteiligungsmodelle

Vorzeigemodell Weyarn: Der Bürgermeister der Bayerischen Gemeinde hat ein nachhaltiges Bürgerbeteiligungsprojekt initiiert. Der Prozess zeichnet sich aus durch sehr niederschweligen Zugang für die BürgerInnen in Form eines personell besetzten „Mitmachbüro's". BürgerInnen und Bürgerkönnen für ein bestimmtes Thema einen Beteiligungsprozess verlangen. Der Prozess wird von Gemeindevertretern und der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister begleitet und diese verpflichten sich, die Ergebnisse aus den Bürgerbeteiligungs-Veranstaltungen umzusetzen, was abgesehen von der Motivation und dem Interesse aus der Bevölkerung zudem den Vorteil hat, dass die Mobilisierung von zukünftigen GemeindevertreterInnen dadurch Hand in Hand passiert. (Genauere Informationen finden Sie auf der Homepage www.vorarlbergerInnen.at) Das Problem könnte sein, dass die Gemeindevertretung dann nicht mehr benötigt wird, außer für die exekutiven Belange. Wird jedoch die Bürgerbeteiligung über die Gemeindevertretung gestellt, wenn die Legislative von den Bürgern ausgeht? Schwächt dies die Gemeindevertretung?

Krumbach: Beiräte werden zu Gemeindethemen hinzugezogen und ausführlich informiert. Dadurch entstehen qualitätsvolle Räume für kreative Bürgerbeteiligung. Transparenz in sämtlichen Themenbereichen ist hierfür die Voraussetzung und Herausforderung für die Gemeindeleitung. Mutig und offen werden hier jedoch die Projekte mit der Diversität der BürgerInnen abgearbeitet. Diese besprochenen Aussagen werden von Gemeindevertretern aufgenommen und bei den Abstimmungen vorher diskutiert. Dies ist jedoch eine Vorgehensweise, die jedem Gemeindevertreter – jeder Gemeindevertreterin offen steht: Sich bei seinen Wählern oder möglichen zukünftigen Wählern im Ort über die Stimmungslage zu bestimmten Themen zu erkundigen und diese zu diskutieren. Dies setzt voraus, dass die GemeindevertreterInnen ausreichen über die Themen als auch über allf. Verschwiegenheitspflichten informiert sind. Transparenz, Vertrauen, Gespräche bringen die Mitglieder von Gremien und die Bevölkerung näher zusammen und es weckt das Interesse, sich in Gremien zu engagieren.

Wie ein Beispiel aus Lustenau zeigt, ist die stete Vorreihung durch stete Pflege seiner Wählbürger und gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch den Gemeindevertreter möglich. Speziell

in kleinen Gemeinden ist der Trend feststellbar, dass stark an den Rändern orientierte Menschen sich vermehrt zur Verfügung stellen.

Die Abgeordneten in Österreich sind generell dazu angehalten, mit ihren Wählern in Kontakt zu sein. Es müssten also keine neuen Modelle eingeführt werden. Die vorhandenen Anweisungen und Vorstellungen von gelebter Demokratie würden den Zweck ebenfalls erfüllen. Als Voraussetzung hierfür gilt der/die informierte GemeindevertreterIn: Klausuren wären notwendig, um über die Rechte und Pflichten für GemeindevertreterInnen zu informieren und könnten auch Grundkompetenzen vermitteln, damit gegenüber den BürgerInnen kompetent argumentiert werden kann.

Das Beispiel einer Gemeinde wird vorgebracht: Der dort amtierende Bürgermeister hat die Vision, dass jede Bürgerin und jeder Bürger seiner Gemeinde zumindest einmal während seines Lebens in die Gemeindevertretung gewählt wird. Die Vorteile daraus seien vielseitig: Diversität, breit gefächertes Interesse an Gemeindeverwaltung und Gemeindegestaltung und schließlich dadurch ein lebendiges Dorf.

Transparenz als erste Grundstufe der Bürgerbeteiligung müsste stärker forciert werden, speziell auch bei den Finanzfragen. Bei der ernst gemeinten Anwendung der direkten Demokratie muss im steten Austausch auch über „Kleinigkeiten“ diskutiert werden, um nicht in Gefahr zu laufen, nur heikle Fragen an die BürgerInnen weiterzugeben (Bsp. Betriebsansiedlung IKEA) oder in juristischen Belangen obsoletere Fragen zu diskutieren (Straßenbeleuchtung über Nacht).

Kann die Verpflichtungsdauer von 5 Jahren abschreckend wirken? Die Dauer einer Legislaturperiode könnte abgesehen vom Wissensstand über die Aufgaben in der Gemeindevertretung hemmend sein. Auch sind von Ort zu Ort große Unterschiede in der Qualitätsarbeit der Gemeindevertretungen feststellbar.

Wenn Bürgermeinung zu wenig ernst genommen wird

Hat die regierende Partei einer Gemeinde die Mehrheit ist es dadurch – streng nach dem Gesetz - nicht notwendig, für Entscheidungen in der Kommune Mehrheiten zu suchen und Themen öffentlich zu diskutieren. Fehlende Reaktionen und Abblockungsmechanismen seitens der Gemeindeverwaltung zu einem sensiblen Projekt hat zu sehr viel Frustration auf Seiten der engagierten Bürger geführt. Wenn einer Gemeindeführung die Mechanismen und die Bedeutung der Bürgerbeteiligung nicht ausreichend klar sind, werden hier mögliche zukünftige aktive BürgerInnen verprellt und frustriert. Einbindung sollte zu jeder Zeit auch während einer Legislaturperiode und ohne Mandat möglich sein. Andererseits ist die Mobilisierung für die Gemeindefragen als auch für Themen die die Menschen direkt betreffen oft sehr schwer möglich und Veranstaltungen hierzu von niedrigen Besucherzahlen geprägt. Bei einer geplanten Bürgerbeteiligung ist es notwendig, Rahmenbedingungen und Modelle sehr klar zu definieren. Auch die jeweiligen Konsequenzen – speziell in finanzieller Belange - damit die BürgerInnen abwägen können, sollen vermehrt zugemutet und transportiert werden. Wie ein Beispiel Schweiz zeigt, ist die vermehrte Information und die direkte Bezugnahme auf den Zusammenhang mit den Finanzen/Steuern, fördernd auf die Diskussionsfreudigkeit, das Interesse und die Kompetenz der BürgerInnen in diesen Belangen.

Um die „Skepsis“ der BürgerInnen und der Gemeindeverantwortlichen voreinander zu mindern, könnte Bürgerbeteiligung einer der Lösungsansätze sein. Jedes Problem kann dadurch gelöst werden.

Oft wird die zeitliche Komponente in Gemeindeentwicklungsfragen unterschätzt. Die Fragestunden vor den Sitzungen werden leider lt. den Anwesenden in ihren Gemeinden kaum genutzt, falls es sie überhaupt gibt.

Bürgerbeteiligung sollte ergänzend zur bestehenden Institution Gemeindevertretung funktionieren. Wieso und weshalb Bürgerbeteiligungs-Prozesse gestartet werden, muss im Vorhinein klar kommuniziert werden, um deren Erfolg zu gewährleisten. Die ausschöpfbaren Möglichkeiten müssen aufgezeigt werden. Am besten klappt Bürgerbeteiligung erfahrungsgemäß, wenn BürgermeisterInnen mit Moderator-Eigenschaften als Berater fungieren, Sozialkapital erkennen und dies im Austausch nutzen. Auch ist es von großer Bedeutung für den späteren Erfolg, wie ambitioniert die Einladung tatsächlich erfolgt. „Lasst uns gemeinsam die Nuss knacken!“ zieht womöglich mehr als ein Amtsbrief und spricht mehr Leute an. Von größter Bedeutung ist es allerdings, überhaupt Möglichkeiten zur Beteiligung anzubieten. Dass sich BürgerInnen für engagieren und Vorschläge einbringen, soll ausdrücklich erwünscht sein.

Das Demokratiemodell in seiner jetzigen Form sollte sich anpassen können, die Rolle der Gemeinde überdacht werden. Die BürgerInnen beteiligen sich aktiver, wenn es mehr Anreize gäbe. Beratende BürgerInnen sollten zu Fachfragen hinzugezogen werden – das erfordert neue Rahmenbedingungen und auch eine neue Haltung sowie Offenheit. Auch wäre es stimulierend für die Aktivität und das Engagement der BürgerInnen, wenn diese im Alltag mehr in die Verantwortung genommen werden.

Die Gesinnung der Generationen – Freerider & Glokalisierung

GemeindevertreterInnen-Arbeit beginnt schon früh: Wenn auch Kinder- und Jugendbeteiligung praktiziert wird, ist die Bereitschaft jener sich später zu beteiligen, höher. In Hohenweiler veröffentlichen die Kinder eine eigene Gemeindezeitung. Sie und auch die Leser können niederschwellig lernen: Was ist Gemeindepolitik überhaupt, was hat der Bürgermeister und die Gemeindevertretung für Rechte und Pflichten und welchen Handlungsspielraum? Sie können sich Fragen stellen: Was würdest du machen, wenn du Bürgermeister wärst? Leider ist in den höheren Schulen die politische Bildung an Geschichte gekoppelt worden, was dem Politikverständnis der nächsten Generation fehlen wird. Eher wäre – wenn schon – eine Koppelung mit Philosophie sinnvoll. Wie bekommt man Alt und Jung und eine Vielfalt in die Gemeindevertretungen? Welche Systeme funktionieren in Zukunft? Speziell auch die Rolle der Frau wird sich noch stärker verändern. Vergangene/überholte Modelle sollten deswegen betrachtet werden, weil es auch in der jüngeren Vergangenheit Erfolgsbeispiele gibt. Das Verständnis für Demokratie und Beteiligung ist vorhanden und sollte genutzt werden. Wenn sich jedoch „die Jungen“ nicht am politischen Geschehen beteiligen, ist dies deswegen per se kein gesellschaftspolitisches Problem. Seitens der anwesenden Pädagogen wird festgehalten, dass es „der Jugend“ oft an breit geführten Diskussionen und „fehlendem Revoluzzertum“ mangelt, auch weil Diskussionscheu und Lösungsblatt-Mentalität bei den Schülern weit verbreitet ist.

Auf diese und anderen Dynamiken (not-in-my-backyard) müssen die Akteure in den Gemeinden agieren ohne jeweils das System insgesamt anzuzweifeln, da dies auch nicht automatisch zu einer Lösung führt.

Die schwindende Anzahl derjenigen, die sich ehrenamtlich und im Vereinswesen einbringen muss immer mehr Arbeitsfelder abdecken, was tendenziell z.B. zu akuten Funktionärsangel in den Vereinen führt. Zum Teil überschießende Verordnungen wie z.B. Datenschutz erleichtert die Arbeit dieser Ehrenamtlichen als auch der Gemeindeverwaltung nicht. Das Lebensempfinden, schneller-weiter-höher schwappt massiv in das gesellschaftspolitische System über und trifft Gemeinden als erstes.

Mit fehlender Motivation der BürgerInnen und GemeindevertreterInnen muss man laut den Anwesenden leben und das Beste daraus machen. Der Rückgang der Anonymität, das „Nicht-berührt-sein“. Die Phänomene der Globalisierung sind in den Gemeinden angekommen unter dem Begriff Glokalisierung: Die Pole erstarren, die Mitte bricht weg.

Formate sollten 24 Stunden an 7 Tagen angeboten werden und trotzdem passiert leider oft wenig Nachhaltiges. Sogenannte Freerider suchen sich in der jeweiligen Gemeinde ihre „Goodies“ und sind auch bereit für Vorteile den Wohnort zu wechseln. Sie fordern Vieles von der Öffentlichkeit und bringen sich selbst nicht ein. (Öffentliche Armut, privater Reichtum) Auseinandersetzung mit Themen, die komplex sind und Zeit erfordern, kann immer weniger erwartet werden. Andererseits ist die Sehnsucht nach jemandem, der es schon richtet, sehr groß wie Umfragen zeigen (25% der Österreicher wünschen sich eine Führerpersönlichkeit).

Geplante Maßnahmen zur Mobilisierung und Sensibilisierung von BürgerInnen

Das Referat für Gleichstellung und das Frauennetzwerk Vorarlberg hat eine Fokusgruppe gegründet. Dabei sollen Ziele gesteckt und aufgeklärt werden:

- x Wie können wir mehr Frauen für die Politik mobilisieren?
- x Wie können wir das grundsätzliche Interesse am „GemeindevertreterIn-sein“ wecken?
- x Was macht eine Gemeindevertreterin – ein Gemeindevertreter überhaupt?
- x Was bedeutet ein Mandat in Fragen der Repräsentation?
- x Inwiefern stehe ich zur Verfügung für die BürgerInnen?
- X Ist Rückkoppelung erwünscht/möglich?

Die Verantwortlichkeit der GemeindevertreterInnen

Den Bürgern der Republik sollte die Eigenverantwortung mehr bewusst sein als auch die Rolle der Gemeinde (Auftrag zur Daseinsvorsorge, kundennahe Dienstleistungsorganisationen). Die Kluft zw. finanziell entschädigten Mandataren und Ehrenamtlichen ist groß und hemmt die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, führt mitunter zu Betroffenheit oder Protest.

Die Komplexität der Gemeindethemen schreckt viele ab. Oft werden zusätzlich zu den vielen Scheinabstimmungen, welche durch Fremdbestimmtheit durch Land/Bund/EU entstehen, ad absurdum geführt. Leider ist die europäische Charta der „regionalen und kommunalen Selbstverwaltung“ aus dem Jahre 1985 in Österreich nicht umgesetzt. Sie wurde im Jahre 1987 vom österreichischen NR ratifiziert und wird seither offensichtlich (Erhalt Dorfkaisertum) vom Gemeindeverband und Städtebund „zurückgehalten“.

Anm.: Die REGIO Vorderland ist über die Bürgermeister vertreten, die das Stimmrecht haben. Für Minderheiten ist in einer REGIO kein Platz. Was abgestimmt wird, ist die Einheitsmeinung der Bürgermeister und wird oft erst sehr spät oder zu spät der Gemeindevertretung zur Abstimmung vorgelegt.

Auch ein Beispiel im Oberland zeigt, dass letztlich die Gemeindevertretung erst ganz spät involviert wurden. Deswegen fühlen sich die GemeindevertreterInnen auch als „Durchwinker“, weil 90% der Beschlüsse aufgrund der gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen vorhersehbar sind. Die Gemeindevertretung hat kaum Spielraum bei den Entscheidungen, der Gemeindevorstand nur etwas mehr. Dies macht die Arbeit der Gemeindevertretungen wirklich nicht spannend.

Hierfür ist auch die durchschnittliche Gemeindegroße ein Hemmnis: Wenn die Gebiete größer wären, könnten sich die GemeindevertreterInnen besser organisieren oder nach Themenbereichen abstimmen so wie auch ihre Kontrollfunktion ausüben. Die Gemeinden hätten wieder mehr Entscheidungsmöglichkeiten und ein besseres Standing. Struktur folgt Strategie - die Gemeinden sind zu klein organisiert! So ist es oft der Fall, daß wichtige Themen vorbehaltlos den „ExpertInnen“ überlassen werden.

Auch ist es durchaus zu diskutieren, ob eine Gemeinde rein nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien eingeteilt werden darf? Eine Fusion ist niemals eine Verbesserung per se. Finanzhoheit für die Region Vorderland als Beispiel könnte doch vermehrt Interesse wecken, sich einzubringen. Der Mensch ist zu berühren über Geld und Macht.

In Weiler hat die Bürgermeisterin jahrelang versucht, die Menschen mit dem Ort zu verbinden und eine Identifikation zu erreichen. Mehrere Anläufe und verschiedene Ansätze haben aber leider zu keinem Erfolg diesbezüglich geführt. Die Menschen sind nicht begeisterungsfähig für die Übernahme von Verantwortung. Wo die Identifikation des Bürgers der Bürgerin mit der Gemeinde nicht mehr vorhanden ist, kann eine Fusion durchaus auch positiv gesehen werden. Die Menschen haben oftmals eine pragmatische Einstellung zur Gemeinde. Die Verwaltung muss funktionieren, ansonsten sind oftmals kaum Ansprüche an dieselbe. Identifikation mit seiner Heimatgemeinde funktioniert manchmal über den Weg der Beteiligung. Der Spaßfaktor an Politik sollte stärker transportiert werden. Die sinnstiftende Wirkung herausheben.

Politik ist das Bohren von dicken Brettern. Haltungen und Strukturen ändern sich gemächlich. Was für Reformen sind in der Republik notwendig? Die Vorstellungen der 3. Republik, welche die Arbeitskammer und Wirtschaftskammer verändern oder abschaffen möchte gelten als nicht vielversprechend und auch der Umgang mit dem Raucher-Volksbegehren zeigt, den zweifelhaften Umgang mit der Volksmeinung. Das Modell der 2. Republik sollte deswegen in seiner Form weiter kultiviert werden. Für die Aufgabe des dzt. Demokratiemodells besteht keine Notwendigkeit, da die Gewerkschaft wie auch die Kammern ganz zentrale, bedeutende Funktionen haben.

3. Lösungsvorschläge für die Mobilisierung möglicher GemeindevertreterInnen oder bürgerschaftlich Engagierte.
-

7 Maßnahmen- und Lösungsvorschläge zur Mobilisierung engagierter BürgerInnen und Bürger als GemeindevertreterInnen und Prozessbeteiligte.

Information

GemeindevertreterInnen über ihre Gestaltungsräume informieren:

Was für Rechte und Pflichten haben GemeindevertreterInnen im Detail?

Wann und wie können GemeindevertreterInnen Einfluss nehmen auf die

Tagesordnungen und inwieweit sind Sitzungsinhalte vertraulich.

Welche Möglichkeiten gibt es, mit den Wählern in Kontakt zu bleiben?

Wie und wann können Listen angemeldet werden?

Wie können sie ihre Kontrollfunktion wem gegenüber erfüllen?

Woher bekommen sie die notwendigen Informationen und den Raum für Diskussionen und Erörterungen?

Transparenz

Die unterste Stufe der Partizipationspyramide ist die Transparenz. Sie ist Voraussetzung für Gemeindefarbeit und Bürgerbeteiligung. Weiterbildungsangebote für Mandatäre schaffen.

Aktuell und ohne Tabus (sofern es die Verschwiegenheitspflicht/das Amtsgeheimnis zulässt)

Verständlich formuliert: Ausführlich, gezielt und sachgerecht - auch und explizit auch über kritische Themen

Nach dem Gleichbehandlungsprinzip: Unparteiisch und an Jede und Jeden der es möchte.

Durch BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen oder die Verwaltung

Sensibilität

GemeindevertreterInnen sollten aktiv den Kontakt mit BürgerInnen suchen und deren Wünsche und Ideen in die Arbeit der Gemeinde entsprechend einfließen lassen. Hierfür sind womöglich Formate notwendig oder zumindest ein Ansporn zum Austausch im Alltag. GemeindevertreterInnen und Gemeindevertreter sind idealerweise schon allein aufgrund ihrer Funktion Bürgerbeteiligung: durch den Austausch und Einbeziehung ihrer WählerInnen, durch Beteiligung und Wachsamkeit.

Verbindlichkeit

Aufklärung über Grenzen und Verbindlichkeiten von freiwilligem Engagement außerhalb von Gemeindevertretungen ist notwendig, um Frustration bei den BürgerInnen zu vermeiden.

Die Konsequenzen der erarbeiteten Entscheidungen sollten im Vorhinein feststehen.

Professionelle Formate anwenden, Komplexität darlegen und Folgen von Entscheidungen transportieren.

Rechtssicherheit

Anlaufstelle für GemeindevertreterInnen oder engagierte Bürger einrichten:

Aufklärung über das Gemeindegesetz - der Wahlformen, der Hierarchie

Wie kann man sich der Stimme enthalten, wenn über Themen abgestimmt wird, über die man nicht ausreichend informiert ist.

An welche Stellen kann man sich wenden, falls die Gemeindeverwaltung die gefragte Kompetenz vor Ort in einem Thema nicht zur Verfügung steht?

Was bedeutet Subsidiarität im Alltag der Gemeindeverwaltung?

Dimension

Eventuell ist durch eine Verkleinerung der Gemeindevertretungen die Verantwortung des Einzelnen besser hervorzuheben und die Suche nach engagierten Gemeindevertretern wird erleichtert.

Lost in Kooperation: Ressourcen, welche dzt. in die -teils unüberblickbar vielen - Gemeindekooperationen fließen, könnten besser eingesetzt werden durch die Bildung entsprechend großer Gemeinden.

Wissenschaftliche Grundlagen schaffen: Ist der soziale Zusammenhalt in kleinen Gemeinden tatsächlich besser? (Ist z.B. in den Teilgemeinden von Feldkirch das Thema Vereinsamung, Identitätsverlust, ... anders als in umliegenden Nachbargemeinden?)

Zukunft und Vergangenheit

Über alle Generationen die Menschen der Gemeinde aktiv einbinden: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten“ (Helmut Kohl) Auf die Beurteilung der örtlichen Geschichte und Tradition bei Entscheidungen und Prozessen nicht verzichten.

Wenn Kinder und Jugendliche über Gemeindefragen adäquat informiert und beteiligt werden, können sie Interessen vertiefen, sich entwickeln und zu gegebener Zeit einbringen.

ⁱ Die #VorarlbergerInnen wollen geschlechterübergreifend Ansätze für aktuelle und künftige Herausforderungen unserer Gesellschaft entwickeln. Wir glauben, dass es neben der organisierten Politik noch viel Potential an neuen Ideen und unkonventionellen Lösungsansätzen in unserer Gesellschaft gibt. Vor allem durch Menschen, die sich von den herkömmlichen politischen Strukturen nur bedingt oder gar nicht angesprochen fühlen. Diesen MitdenkerInnen bieten wir eine attraktive Plattform, um ihre Gedanken öffentlich zu machen.

Die #VorarlbergerInnen arbeiten in zeitlich befristeten Projekten. Ohne Scheuklappen. Ohne parteipolitische Bindung; nur dem jeweiligen Ergebnis verpflichtet. Jedes Projekt sucht sich jeweils seine MitdenkerInnen. Die Mitarbeit ist nur projektbezogen vorgesehen, mit der Mitarbeit ist keinerlei Mitgliedschaft oder Mitgliedsbeitrag verbunden. Wir greifen Fragen aus allen Themenbereichen auf, wie Wirtschaft, Bildung, Soziales oder Gesundheit und Pflege. Die Ergebnisse unserer Arbeit sollen zum öffentlichen Diskurs einladen und von politischen Gremien aufgegriffen werden.

Die #VorarlbergerInnen sind eine Plattform, die durch die Vorarlberger Frauenbewegung ermöglicht wird. Als Projektträgerin wird die Vorarlberger Frauenbewegung unsere Denk- und Lösungsansätze veröffentlichen und in die leitenden Gremien der Vorarlberger Volkspartei einbringen. Die Plattform #vorarlbergerInnen agiert jedoch bewusst außerhalb dieser Strukturen. Daher sind wir eine attraktive Plattform für alle Menschen, die sich punktuell für Herausforderungen unseres Zusammenlebens interessieren, sich jedoch parteipolitisch nicht binden wollen.